



Bern, 3. November 2015

## **Anhörung: Verordnung über die Krankenversicherung (KVV)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Revision Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

### **Allgemeine Bemerkungen**

Die CVP lehnt die geplanten Änderungen in der Krankenversicherung ab. Zwecks Systemvereinfachung will der Bundesrat die Anzahl der Prämientarife in der obligatorischen Krankenversicherung verringern. Heute stehen neben der Grundvariante von 300 Franken noch fünf Wahlfranchisestufen von 500 bis 2500 Franken zur Verfügung. Nun sollen die beiden Franchisen von 1000 und von 2000 Franken abgeschafft werden. Davon betroffen wären immerhin rund 600 000 Schweizerinnen und Schweizer, also knapp 10 Prozent der Versicherten, welche bisher diese Stufen gewählt hatten. Bei den Franchisen für Kindern sollen nur noch die Stufen von 0, 400 und 600 Franken bleiben – es werden also vier Franchisen abgeschafft. Dabei sind über 60 000 Kinder betroffen. Zudem ist beabsichtigt, dass der maximale Prämienrabatt bei der Franchise von 2500 Franken von heute 70 Prozent neu auf 50 Prozent und derjenige bei der Franchise von 1500 Franken von heute 70 Prozent neu auf 60 Prozent gesenkt würden. Der Prämienrabatt bei der Kinderfranchise von 400 Franken würde von 70 Prozent auf 65 Prozent sinken und die von 600 Franken von 70 Prozent auf 60 Prozent.

### **Kommentare zur Vorlage**

Mit Blick auf die von der Reform hauptsächlich Betroffenen, die gesunden und jüngeren Menschen, vor allem aber auch die Familien, geht diese Revision in die falsche Richtung. Denn angesichts der steigenden Gesundheitskosten und Prämienlast muss es doch das klare Ziel sein, das Kostenbewusstsein beim Einzelnen zu fördern, die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken nicht überzustrapazieren und schliesslich die Eigen- und vor allem die Selbstverantwortung zu stärken und sie nicht zu schwächen. Denn schliesslich würden durch diese Reform all jene eigentlich sogar noch bestraft, welche bisher selber eine gezielte Verantwortung für ihre Gesundheit übernahmen. Sie waren es nämlich, die Bagatellbehandlungen selber bezahlten und dadurch auch im Sinne der geforderten Solidarität einen beachtlichen Beitrag zu Einsparungen im Gesundheitswesen geleistet haben. Denn nicht zu einem kleinen Teil sind sie es ja, die ärztliche Leistungen deutlich zurückhaltender und kostenbewusster beanspruchen. Sie sind es, die zwar OKP-Leistungen beanspruchen, aber die Tiers-garant-Rechnungen gar nicht oder nur beim Überschreiten der Franchise einreichen und so massiv weniger Administrativkosten verursachen. Deswegen lehnt die CVP die familienfeindliche Vorlage ab.

### **Solidarität bewahren**

Damit aber Versicherte sich die Solidarität, auf dem das Prämiensystem beruht, nicht entziehen können und keine Prämien-Optimierung betreiben können braucht es weitere Massnahmen. Öfters wird die Franchise, im Jahr in dem eine Operation ansteht, auf 300 Franken gesenkt und im Folgejahr wieder

auf 2500 Franken erhöht. Um solche Fälle zu verhindern könnte sich die CVP vorstellen folgende Massnahme einzuführen: Wer eine höhere Franchise wählt, soll erst nach zwei oder drei Jahren wieder zu einer tieferen Franchise wechseln dürfen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Christophe Darbellay  
Präsident CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli  
Generalsekretärin CVP Schweiz